

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Udo Stein AfD**

**und**

## **Antwort**

**des Ministeriums für Ländlichen Raum, Landwirtschaft  
und Heimat**

### **Folgen der Iran-Krise für die Düngemittelversorgung und die Landwirtschaft in Baden-Württemberg**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Preisentwicklung bei Stickstoff- und Phosphatdüngemitteln in Baden-Württemberg seit Ausbruch der Iran-Krise (mit ihren Handelseinschränkungen und Energiepreiserhöhungen) und über diesbezügliche Auswirkungen auf die Liquiditätslage hiesiger landwirtschaftlicher Betriebe vor (bitte mit Nennung der Datenquellen)?
2. Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Düngemittel-Versorgungssicherheit bzw. -Bevorratungslage der landwirtschaftlichen Betriebe Baden-Württembergs für die Anbausaison 2026 (für die verschiedenen Dünger-Kategorien; bitte ebenfalls mit Anführung der Quellen)?
3. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen oder geplant, um landwirtschaftliche Betriebe in Baden-Württemberg bei der Bewältigung der durch die Iran-Krise (über den direkten Zusammenhang mit der Gaspreisentwicklung und mit Handelshemmnissen) verursachten Kostensteigerung bei Düngemitteln zu unterstützen?
4. Welche Zahlen liegen der Landesregierung zu den Produktionsländern (beim Binnenhandel -bundesländern) in Baden-Württemberg verwendeter Mineral-Düngemittel vor, darunter insbesondere für Stickstoff- und Phosphat-Düngemittel (Ausführungen zu den üblichsten Herkunftsländern der in Baden-Württemberg verwendeten Produkte; bitte auch in prozentualen und/oder absoluten Zahlen die zehn für Baden-Württemberg bedeutendsten Länder und Bundesländer der jeweiligen Kategorien unter Angabe der Eigenproduktion anführen, soweit möglich)?
5. Welche Positionen wird sie bei der institutionellen Implementierung und Ausgestaltung der Düngemittelstrategie vertreten, insbesondere bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Energiepreisabhängigkeit der baden-württembergischen Landwirtschaft und welche Auswirkungen auf Letztere sind von der Strategie generell zu erwarten?

Eingegangen: 11.5.2026/Ausgegeben: 11.6.2026

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

6. Über welche Instrumente der Agrarberatung und Krisenfrüherkennung informiert die Landesregierung die landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg über Risiken im Zuge der aktuellen Düngemittelversorgungslage und wurden diese Instrumente seit Ausbruch der Iran-Krise aktiviert bzw. intensiviert?
7. Welche mittel- bis langfristigen strukturellen Maßnahmen und Förderungen plant die Landesregierung, um die baden-württembergische Düngemittelversorgung autarker und somit geopolitisch resilienter aufzustellen sowie Risiken durch volatile Düngemittelpreise zu reduzieren – beispielsweise zur Ausweitung der Phosphor-Rückgewinnung für die Phosphatdünger-Produktion (siehe auch RoKKA in Erbach), zur Unterstützung bei der systematischen Nutzung recycelter oder organischer Nährstoffquellen (etwa aus der Viehhaltung) oder für eine Erhöhung der deutschen Stickstoffdünger-Produktion, wie sie in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt bereits im größeren Ausmaß stattfindet?

11.5.2026

Stein AfD

#### Begründung

Seit Ausbruch der Iran-Krise sind die Preise für Mineraldünger auf den Weltmärkten teilweise um 30 bis 55 Prozent gestiegen. Ursächlich dafür ist der teilweise mit der Blockade der Straße von Hormus zusammenhängende Anstieg der Erdgas- bzw. LNG-Preise, die 80 bis 90 Prozent der Produktionskosten für Stickstoffdünger ausmachen. Hunderttausende Tonnen Düngemittelvorprodukte stecken derzeit in den Golfstaaten fest; zudem wurde in Katar infolge iranischer Angriffe nicht nur die Produktion der weltgrößten LNG-Exportanlage Ras Laffan zeitweise eingestellt – ebenso betraf dies weite Teile der dortigen Produktion von Stickstoffdünger-Vorprodukten wie Harnstoff/Urea. Gleichzeitig ist auch bei Phosphatdünger seit Kriegsbeginn ein EU-weiter Preisanstieg zu konstatieren.

Es stellt sich nun die Frage nach der genauen Situation in Baden-Württemberg, insbesondere hinsichtlich der perspektivischen Resilienz: Für die laufende Anbausaison 2026 sind die meisten hiesigen landwirtschaftlichen Betriebe zwar noch weitgehend geschützt, da ein Großteil des Frühjahrsbedarfs vor Ausbruch der Krise eingelagert werden konnte. Für die Folgesaison entfällt dieser Vorteil jedoch, und steigende Betriebsmittelkosten können die Liquidität der Betriebe gefährden.

Das Land Baden-Württemberg trägt eine zentrale Verantwortung für die Landwirtschaftspolitik, etwa Fördermaßnahmen und die Krisenfrüherkennung. Darüber hinaus kann es im Bundesrat Einfluss auf energie- und agrarpolitische Maßnahmen und die Positionierung zur angekündigten EU-Düngemittelstrategie nehmen, die die EU-Kommission am 19. Mai 2026 vorstellen wird. Auch diesbezüglich wird die Landesregierung daher um eine Stellungnahme ersucht.

## Antwort

Mit Schreiben vom 5. Juni 2026 Nr. MLRZ-0141-98/15/1 beantwortet das Ministerium für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat im Einvernehmen mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

*1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur Preisentwicklung bei Stickstoff- und Phosphatdüngemitteln in Baden-Württemberg seit Ausbruch der Iran-Krise (mit ihren Handelseinschränkungen und Energiepreiserhöhungen) und über diesbezügliche Auswirkungen auf die Liquiditätslage hiesiger landwirtschaftlicher Betriebe vor (bitte mit Nennung der Datenquellen)?*

Nach Auskunft der baden-württembergischen Bauernverbände lagen, je nach Art der Stickstoffdüngemittel, die Preise im April 2026 gegenüber dem Vorjahresmonat um ca. 20 bis 50 Prozent höher.

Bei Phosphatdüngemitteln konnte auf Daten der Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH (AMI) für Süddeutschland zurückgegriffen werden. Hier fiel der Preisanstieg im gleichen Zeitraum mit ca. 18 Prozent etwas geringer aus.

Da sehr viele Betriebe einen erheblichen Teil des benötigten mineralischen Düngers bereits im Frühbezug im Sommer und Herbst des Vorjahres kauften, schlugen für die Frühjahrsgaben die Preiserhöhungen noch nicht voll durch. Erfahrungsgemäß mussten die landwirtschaftlichen Betriebe ca. 25 bis 35 Prozent ihrer benötigten Mengen nun höherpreisig kaufen.

Die Liquiditätslage der landwirtschaftlichen Betriebe wird neben den höheren Preisen für Düngemittel insbesondere auch durch die höheren Kraftstoffkosten belastet. Gleichzeitig befinden sich die Erzeugerpreise für die meisten landwirtschaftlichen Produkte auf einem niedrigen Niveau – mit Ausnahme des Rindfleischs.

*2. Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Düngemittel-Versorgungssicherheit bzw. -Bevorratungslage der landwirtschaftlichen Betriebe Baden-Württembergs für die Anbausaison 2026 (für die verschiedenen Dünger-Kategorien; bitte ebenfalls mit Anführung der Quellen)?*

Der Landesregierung liegen keine belastbaren Daten zur Bevorratung von Düngemitteln im Landhandel und auf den landwirtschaftlichen Betrieben vor.

Auf den landwirtschaftlichen Betrieben dürften die noch bevorrateten, günstigeren Düngemittel zwischenzeitlich weitgehend aufgebraucht sein. Andererseits stehen z. B. in der Weizenerzeugung für die Erntesaison 2026 aktuell lediglich noch Qualitätsgaben an. Im Futterbau und hier v. a. auf Grünland wird normalerweise später noch gedüngt. Neben den hofeigenen Düngern – v. a. Gülle – benötigen einige Betriebe vermutlich noch zusätzliche Mineraldünger, um das mögliche Ertragsniveau auszuschöpfen. Somit stehen diese Betriebe vor der Entscheidung, ob und in welchem Umfang Düngemittel und Kraftstoff zugekauft werden oder ob das mögliche Ertragsniveau nicht vollständig ausgeschöpft wird.

*3. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen oder geplant, um landwirtschaftliche Betriebe in Baden-Württemberg bei der Bewältigung der durch die Iran-Krise (über den direkten Zusammenhang mit der Gaspreisentwicklung und mit Handelshemmnissen) verursachten Kostensteigerung bei Düngemitteln zu unterstützen?*

Für die Bewältigung der Folgen steigender Betriebsmittelpreise, die die Landwirtschaft national wie international treffen, wurden Unterstützungsmaßnahmen auf EU- und nationaler Ebene angestoßen.

Zudem hat der Rat der Europäischen Union am 22. Mai 2026 beschlossen, die Zölle auf wichtige, in der EU-Landwirtschaft verwendete stickstoffhaltige Düngemittel ein Jahr lang auszusetzen. Eingeschlossen sind auch Düngemittel-Grundstoffe wie Harnstoff und Ammoniak. Laut Schätzungen der Europäischen Kommission soll die Senkung der bestehenden Einfuhrzölle eine Entlastung in Höhe von rund 60 Mio. Euro bringen.

Auf nationaler Ebene stellt die Landwirtschaftliche Rentenbank ab dem 1. Juni 2026 spezielle Kredite zur Sicherung der Liquidität zur Verfügung. Das Kreditprogramm, das über die Hausbanken ausgereicht wird, richtet sich an Unternehmen der landwirtschaftlichen Primärproduktion, einschließlich des Garten- und des Weinbaus.

Je Unternehmen kann ohne Nachweis des Liquiditätsbedarfs einmalig ein Kredit von bis zu 50 000 Euro beantragt werden. Bis zu diesem Darlehensbetrag sind auch keine Nachweise über Mehrkosten notwendig. Höhere Darlehensbeträge können durch höhere Liquiditätsbedarfe begründet werden.

*4. Welche Zahlen liegen der Landesregierung zu den Produktionsländern (beim Binnenhandel -bundesländern) in Baden-Württemberg verwendeter Mineral-Düngemittel vor, darunter insbesondere für Stickstoff- und Phosphat-Düngemittel (Ausführungen zu den üblichsten Herkunftsländern der in Baden-Württemberg verwendeten Produkte; bitte auch in prozentualen und/oder absoluten Zahlen die zehn für Baden-Württemberg bedeutendsten Länder und Bundesländer der jeweiligen Kategorien unter Angabe der Eigenproduktion anführen, soweit möglich)?*

Die Düngemittelstatistik wird überwiegend auf Bundesebene geführt, eine spezifische Herkunftsstatistik für Baden-Württemberg ist nicht vorhanden.

Eine vollständig amtliche Statistik mit den „zehn wichtigsten Herkunftsländern“ speziell für in Deutschland verwendete Stickstoff- und Phosphatdünger existiert jedoch auch auf Bundesebene nicht. Es liegen daher keine vollständigen, belastbaren Statistiken zu den Herkünften der in Baden-Württemberg verwendeten Mineraldüngemittel vor, weder für Stickstoff- noch für Phosphatdünger.

Laut den Angaben des Statistischen Bundesamtes stammen die in Deutschland eingesetzten Stickstoffdünger typischerweise aus deutscher Eigenproduktion, anderen EU-Staaten (u. a. Niederlande, Polen, Belgien, Österreich, Tschechische Republik), sowie Importen aus Ländern mit großer Ammoniak- bzw. Harnstoffproduktion (Ägypten, Algerien, Russland, Saudi-Arabien oder Katar). Nach Informationen des Industrieverband Agrar e. V. können deutsche Hersteller etwa 75 Prozent des Bedarfs an Stickstoffdünger hierzulande decken. Große Düngemittelstandorte befinden sich in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Zugleich ist Deutschland hier aber stark in internationale Energie- und Handelsströme eingebunden. Denn für die Herstellung werden große Mengen Erdgas benötigt. Im Jahr 2024 wurden rund 3,27 Mio. Tonnen Stickstoffdüngemittel nach Deutschland importiert. Davon stammten 78 Prozent aus EU-Staaten. Deutschland besitzt keine nennenswerten Phosphatlagerstätten und ist daher fast vollständig auf Importe angewiesen. In Deutschland erfolgt überwiegend Weiterverarbeitung, Mischung und Handel – nicht aber der Abbau von Rohphosphat. Wichtige Importländer für Phosphatdünger bzw. Rohphosphate sind dabei Marokko, China, Saudi-Arabien und Ägypten. Im Jahr 2024 wurden knapp 50 000 Tonnen Phosphatdüngemittel nach Deutschland importiert.

*5. Welche Positionen wird sie bei der institutionellen Implementierung und Ausgestaltung der Düngemittelstrategie vertreten, insbesondere bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Energiepreisabhängigkeit der baden-württembergischen Landwirtschaft und welche Auswirkungen auf Letztere sind von der Strategie generell zu erwarten?*

Auf EU-Ebene hat die Europäische Kommission am 19. Mai 2026 den Düngemittel-Aktionsplan verabschiedet. Der EU-Aktionsplan zur Sicherung der Düngemittelversorgung und Ernährungssicherheit kombiniert verschiedene Unterstützungsmaßnahmen, die sowohl auf die Erschwinglichkeit und kurzfristige Versorgungssicherheit als auch auf die langfristige Stärkung der europäischen Düngemittelproduktion abzielen. Hierfür soll insbesondere die Agrarreserve deutlich aufgestockt werden.

Zudem soll ein Gesetzespaket es den Mitgliedsstaaten ermöglichen, die im Rahmen der aktuellen strategischen Pläne der Gemeinsamen Agrarpolitik verfügbaren Mittel vollständig zu nutzen. Details finden sich auf der Homepage der EU-Kommission unter: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_26\\_1099](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1099)

Der EU-Aktionsplan wird grundsätzlich begrüßt, die Finanzierung und die konkreten Auswirkungen auf die baden-württembergische Landwirtschaft können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend bewertet werden. Die Landesregierung unterstützt die Pläne, die Abhängigkeit von Importen zu verringern, etwa durch einen stärkeren Einsatz organischer und biobasierter Düngemittel. Darüber hinaus sollen längerfristige Maßnahmen den Aufbau einer europäischen Wertschöpfungskette für Düngemittel und eine effizientere Nutzung von Nährstoffen fördern.

*6. Über welche Instrumente der Agrarberatung und Krisenfrüherkennung informiert die Landesregierung die landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg über Risiken im Zuge der aktuellen Düngemittelversorgungslage und wurden diese Instrumente seit Ausbruch der Iran-Krise aktiviert bzw. intensiviert?*

In Baden-Württemberg hat sich das flexibel an aktuelle Herausforderungen anpassbare Beratungssystem „Beratung.Zukunft.Land.“ bewährt. Das Beratungsangebot richtet sich an landwirtschaftliche Betriebe sowie Unternehmen aus dem Wein-, Obst- und Gartenbau. Sie können aus einer Vielzahl an Beratungsmodulen das für ihren Betrieb passende Angebot auswählen und mit einer zugelassenen Beratungsorganisation ihrer Wahl einen Beratungsvertrag abschließen. Auf dieser Grundlage erhalten die Unternehmen eine qualitativ hochwertige und neutrale Beratung, die durch Mittel der EU, des Bundes und des Landes gefördert wird.

Zum Angebot zählen auch Beratungsmodule, die betriebsindividuelle Strategien zur Anpassung an steigende Produktionsmittelkosten vorschlagen. Möglichkeiten zur Reaktion auf veränderte Marktsituationen liegen beispielsweise in einer effizienten und bedarfsgerechten Düngung oder in Maßnahmen der Kreislauflandwirtschaft.

Die Beraterinnen und Berater sind innerhalb des Beratungssystems eng miteinander sowie mit Wissenschaft und Verwaltung vernetzt. Dadurch werden neue Beratungsschwerpunkte schnell aufgegriffen und aktuelle Entwicklungen zeitnah in die Beratung integriert. Gleichzeitig haben die Landwirtinnen und Landwirte die Möglichkeit, bei veränderten Rahmenbedingungen gezielt passende Beratungsangebote nachzufragen.

In diesem Jahr werden Beratungsorganisationen dazu aufgerufen, sich beim Ministerium für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat für die weitere Teilnahme an dem Beratungssystem zu bewerben. So bleibt sichergestellt, dass landwirtschaftlichen Betrieben auch künftig ein passgenaues und praxisnahes Beratungsangebot zur Verfügung steht.

*7. Welche mittel- bis langfristigen strukturellen Maßnahmen und Förderungen plant die Landesregierung, um die baden-württembergische Düngemittelversorgung autarker und somit geopolitisch resilienter aufzustellen sowie Risiken durch volatile Düngemittelpreise zu reduzieren – beispielsweise zur Ausweitung der Phosphor-Rückgewinnung für die Phosphatdünger-Produktion (siehe auch RoKka in Erbach), zur Unterstützung bei der systematischen Nutzung recycelter oder organischer Nährstoffquellen (etwa aus der Viehhaltung) oder für eine Erhöhung der deutschen Stickstoffdünger-Produktion, wie sie in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt bereits im größeren Ausmaß stattfindet?*

Die Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm und Klärschlammmasche ist ein wichtiger politischer Schwerpunkt der Landesregierung. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft (UM) setzt hierbei bereits seit Jahren – und somit deutlich vor der gemäß Klärschlammverordnung ab 2029 geltenden Pflicht zur Rückgewinnung von Phosphor – maßgebliche Impulse. Durch die frühzeitige Förderung großtechnischer Pilotanlagen wurde der technologische Wandel von der reinen Entsorgung hin zur nachhaltigen Rohstoffrückgewinnung eingeleitet, um durch die Nutzung eigener Quellen für die Phosphorversorgung die Abhängigkeit von den internationalen Märkten zu reduzieren.

Über das EFRE-Förderprogramm „Phosphor-Rückgewinnung“ unterstützte das UM hierzu zwei großtechnische Anlagen zur kombinierten thermochemischen Klärschlammverwertung und Phosphorrückgewinnung im Land mit insgesamt

rund 10,7 Millionen Euro. Beide Anlagen befinden sich seit 2026 im Regelbetrieb. Die dort gewonnenen Erkenntnisse bilden das Fundament, um die benötigte Infrastruktur zur thermischen Behandlung und Phosphorrückgewinnung mit Blick auf das Jahr 2029 weiter auszubauen. Durch die konsequente Nutzung von Klärschlamm als strategische Ressource wird die Abhängigkeit von Importen reduziert und dadurch die Rohstoffsicherheit und Resilienz Deutschlands und Europas gestärkt.

Um die Kommunen und Abwasserzweckverbände bei der notwendigen Neuausrichtung ihrer Klärschlamm Entsorgung zu unterstützen, hat das UM zudem gemeinsam mit dem DWA-Landesverband Baden-Württemberg die Plattform „P-RÜCK“ eingerichtet. Diese bietet unter anderem gezielte Beratungen und Workshops an. Ergänzend veranstalten beide Partner seit 2015 den jährlichen Phosphor-Kongress „Phosphor – ein kritischer Rohstoff mit Zukunft“, der in diesem Jahr am 19. November stattfindet.

Im Rahmen des EFRE-Förderprogramms „Bioökonomie Bio-Ab-Cycling“ wurden zudem die Projekte RoKka – Rohstoffquelle Klärschlamm und Klimaschutz auf Kläranlagen und KoalAplan – Kommunales Abwasser als Quelle für Ammoniumstickstoff, Wasserstoff und Bioplastik – die Bioraffinerie Bünsau gefördert. Im RoKka Projekt wurde die Rückgewinnung von Phosphor über eine elektrochemische Fällung als Magnesium-Ammonium-Phosphat (Struvit) und die Rückgewinnung von Stickstoff über eine chemische Transmembranabsorption als Ammoniumsulfat aus dem Schlammwasser gezeigt.

Im KoalAplan Projekt wurde die Rückgewinnung von Stickstoff über ein Ionenaustausch-Verfahren als Ammoniumsalz aus dem Hauptstrom gezeigt. Am Beispiel der Kläranlage Ditzingen wird im Rahmen einer Machbarkeitsstudie unter Beteiligung der Stadtentwässerung Stuttgart aktuell untersucht, inwiefern sich die Erkenntnisse aus diesen beiden EFRE-Projekten auf kommunalen Kläranlagen umsetzen lassen.

Gentges

Ministerin für Ländlichen Raum,  
Landwirtschaft und Heimat